

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 39 (2020)
Heft: 75

Artikel: Die Versprechen der Genossenschaften
Autor: Notz, Gisela
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1055590>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Versprechen der Genossenschaften

«Ohne Kollektivierung ist eine Überwindung des Kapitalismus nicht denkbar», sagte der Vorsitzende der Jungen Sozialdemokraten (Jusos) Kevin Kühnert in einem Interview mit der *Zeit* Anfang Mai 2019. Kühnert kann sich vorstellen, grosse Firmen zu kollektivieren und den Besitz von Immobilien in Deutschland beschränken zu lassen, anders sei die «Überwindung des Kapitalismus» nicht möglich. Von Kollektivierung oder Vergemeinschaftung erhofft er sich, dass das soziale Unrecht in unserer Gesellschaft und die umweltzerstörende Ressourcenvernichtung eingedämmt oder gar beendet werden. Kühnerts Aussagen haben in CDU/CSU, FDP, AfD und in Wirtschaftsverbänden für grosse Aufregung gesorgt. Kritik kam aber auch aus «seiner» Partei, der SPD.

Neu ist die Diskussion über Kollektivierungsbestrebungen nicht. Wie schon früher in der Geschichte fragten Linke immer wieder danach, ob es nicht eine sozialistische Antwort geben müsste auf die Widersprüche einer weltweiten Umverteilung von Arm zu Reich und auf die zerstörerische Wachstumslogik.

Die Idee der Genossenschaft gewinnt wieder an Aktualität. Genossenschaften waren und sind in der Geschichte Deutschlands, der Schweiz, in Österreich und in vielen anderen Ländern ein wichtiger Faktor in der Wirtschaft und im Wohnungsbau. Es wird sogar ein Aufschwung von Genossenschaftsgründungen festgestellt.

Freilich sind Genossenschaften von ihren unterschiedlichen Entstehungsbedingungen her nicht unbedingt eine «sozialistische Idee». Jedoch sind der Demokratisierungsgrad und die Transparenz bezüglich der Verwendung des Kapitals hoch.

In diesem Beitrag geht es um Vergemeinschaftung von Grund und Bo-

den, von Produktionsstätten, Produktionsmitteln, Gebäuden und Wohnungen durch die Gründung von Genossenschaften. Zunächst soll erklärt werden, was Genossenschaften sind. In Abgrenzung zu anderen Unternehmen werden anschliessend vier Grundprinzipien der Genossenschaften aufgeführt. Danach geht es um die unterschiedlichen theoretischen und praktischen Ansätze, die zu Gründungen führen, um Aufstieg und Fall der Genossenschaften in Deutschland seit der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg bis hin zur gegenwärtigen Ausdifferenzierung.

Was sind Genossenschaften?

Nachdem 2012 von den Vereinten Nationen das Internationale Jahr der Genossenschaften ausgerufen und darauf folgend durch den Internationalen Genossenschaftsbund die Dekade der Genossenschaften verkündet wurde, erfahren die Genossenschaften neue Aufmerksamkeit. Dennoch scheint die Kenntnis über Genossenschaften noch immer gering. Das gilt auch für die Schweiz, trotz des auch dort verzeichneten Gründerbooms sind sie in der öffentlichen Wahrnehmung sowie in der gesellschaftlichen und politischen Diskussion noch wenig präsent (Idée Cooperative 2020, 4). Dies, obschon Genossenschaften vieles gründen können (Notz 2012, 54 f.) und meist wirtschaftlich erfolgreicher als Einzelgründungen sind, vor allem, wenn sie einen politischen Anspruch haben. Gemeinsam – das sollte der Grundgedanke einer jeden genossenschaftlichen Kooperation sein – kann man mehr erreichen als alleine. Genossenschaften sind gelebte Sozialutopien, die nicht nur nach den ökonomischen Vorgaben des Marktes funktionieren. Mit der Genossenschaft wird Eigentum vergemeinschaftet und dem Profitstreben einzelner entzogen.

Weltweit sind rund 800 Millionen Menschen in Genossenschaften organisiert. Genossenschaften arbeiten in den unterschiedlichsten Branchen erfolgreich für die Ziele ihrer Mitglieder (GenossInnen). In Deutschland gibt es fast 8000 Genossenschaften mit mehr als 22 Millionen Mitgliedern. Davon sind 2,2 Millionen in 2000 Wohnungsgenossenschaften organisiert. In der Schweiz waren 2019 insgesamt 8559 Genossenschaften mit dieser Rechtsform im Handelsregister eingetragen, das sind 1,34 Prozent aller eingetragenen Unternehmen (EHRA 2019). 41,8 Prozent der Schweizer Genossenschaften sind Wohnbaugenossenschaften (Idée Cooperative 2020, 13).

Grundprinzipien der Genossenschaften

In Abgrenzung zu anderen Unternehmen weisen GenossenschaftswissenschaftlerInnen auf die Notwendigkeit hin, zwischen der rechtlichen Frage und der sozialen Organisation zu unterscheiden. Nicht jede eingetragene Genossenschaft ist auch von ihrer sozialen Ausgestaltung als genossenschaftlich zu bezeichnen. Umgekehrt gibt es zahlreiche Unternehmen, die als Genossenschaften bezeichnet werden könnten, auch wenn sie die Rechtsform nicht gewählt haben. Insofern erscheint es sinnvoll, deren Genossenschaftlichkeit anhand der vier wesentlichen Prinzipien einer Genossenschaft zu reflektieren: dem Förder-, dem Identitäts-, dem Demokratie- und dem Solidaritätsprinzip (Klemisch/Flieger 2007, 5).

Das Förderprinzip ist der gesetzliche Ausgangspunkt nach § 1 des Genossenschaftsgesetzes in Deutschland, wonach die Genossenschaften die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs bezwecken. In der genossenschaftlichen Wirtschaftspraxis soll nicht die Kapitalverwertung, sondern die Befriedigung von Bedürfnissen der Mitglieder im Vordergrund stehen.

Das Identitätsprinzip besagt, dass AnbieterInnen und NutzerInnen identisch sind und die NutzerInnen sogleich die TrägerInnen der gemeinschaftlichen Leistungen sind. Während bei Produktionsgenossenschaften KapitaleignerInnen und die im Betrieb Beschäftigten mit den GenossInnen identisch sind, sind bei den absatzorientierten Konsumgenossenschaften HändlerInnen und VerbraucherInnen die NutzniesserInnen der Produkte. Bei den Genossenschaftsbanken sind es die KundInnen und bei den Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaften sind es die BewohnerInnen.

Das dritte Charakteristikum der Genossenschaft ist das *Demokratieprinzip* mit der urdemokratischen Rechtsform: ein Mensch = eine Stimme.

Das letzte Prinzip, der *Genossenschaftsgeist* oder das *Solidaritätsprinzip*, kann freilich weder in einem Gesetz festgeschrieben noch verordnet werden. Im Idealfall unterstützen sich die GenossInnen gegenseitig und solidarisch.

Die rechtliche Form der Genossenschaft ist die demokratischste und beste juristische Rechtsform, um eine Gemeinschaft abzusichern; sie ist die einzige, die auf kollektives Wirtschaften angelegt ist. Man kann die genossenschaftlichen Regeln durch freie Vereinbarungen ergänzen.

Die Entstehung der modernen Genossenschaften

In Deutschland finden sich sowohl von den sozialen Interessenlagen wie auch von den politischen Orientierungen her unterschiedliche theoretische und praktische Ansätze zur Begründung von Genossenschaften (Faust 1977). Sie reichen von christlich-konservativen Ideen über liberal-soziale Programme bis zu libertär-anarchistischen Vorstellungen. Auch innerhalb der ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung sind Genossenschaften durchaus kein monolithischer Block. Die Idee der gemeinschaftlichen und genossenschaftlichen Zusammenschlüsse nahm im Verlauf der Zeit verschiedene theoretische Deutungen und praktische Gestalten an.

Grossbritannien wurde zum Vorbild der GenossenschaftsbefürworterInnen aus anderen Ländern. Dort gründeten 28 arme «einfache Arbeiter», die als die «redlichen Pioniere von Rochdale» in Geschichte eingingen, im Jahre 1844 eine Konsumgenossenschaft in der kleinen englischen Industriestadt Rochdale in der Nähe von Manchester. Die Grundsätze, die die Pioniere bei ihrer Gründung festlegten, sind bis heute die wesentlichen Prinzipien des Genossenschaftswesens. 1937 wurden sie vom internationalen Genossenschaftsbund zu den tragenden Prinzipien des internationalen Genossenschaftswesens erklärt. Sie umfassen die offene Mitgliedschaft, demokratische Kontrolle mit einer Stimme pro Mitglied, die Auszahlung von Rückvergütung beziehungsweise eine Gewinnverteilung in Abhängigkeit vom Umsatz, eine begrenzte Kapitalverzinsung, politische und religiöse Neutralität, das Prinzip der Barzahlung und die Förderung der Bildung aus einem Teil der erzielten Gewinne.

Als Vater des Genossenschaftsgedankens wird oft der deutsche liberale Sozialreformer Hermann Schulze-Delitzsch (1808–1883) genannt, der vor allem die durch den Kapitalismus sich verschlechternde sozial-ökonomische Lage der handwerklich Beschäftigten im Auge hatte. Durch die Bildung von Kredit-, Rohstoff- und Konsumvereinen in Selbsthilfe und Selbstverantwortung hoffte er, deren Situation zu verbessern (Aldenhoff 1984). Er wurde zum Wegbereiter der mittelständischen Genossenschaften, schliesslich schuf er eine demokratische Unternehmensform, die bis in die Gegenwart anhält. Unabhängig von ihm wirkte Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818–1888), der vor allem ländliche Darlehenskassenvereine gründete, um gegen die wirtschaftliche Not der Bauern und Bäuerinnen und deren Ausbeutung durch Wucher ankämpfen zu können (Koch 1991). Obwohl auch er von christlichen Moralvorstellungen und karitativen Werten ausging, begnügte er sich nicht damit, Almosen zu verteilen, sondern ermutigte die Armen, selbst tätig zu werden.

Auch das Schweizer Genossenschaftswesen beruft sich neben anderen auf die christlich-sozial-liberalen Gründungsväter. In die Geschichte eingegangen ist der Züricher Gottlieb Duttweiler (1888–1962), der Gründer der 1925 als Aktiengesellschaft gegründeten Migros-Organisation-Verteilungsorganisation (Riess 2011). Seine bewegte Firmengeschichte ist verbunden mit Kämpfen gegen Gegner von allen Seiten. 1941 wurde das in der Zwischenzeit riesige Unternehmen zum Bund der Migros-Genossenschaften zusammengeschlossen (Faust 1977, 675 f.). Heute ist die Migros das grösste Detailhandelsunternehmen der Schweiz.

Letztlich ging es den genannten Gründungsvätern darum, die Lebensbedingungen der verarmten Bevölkerung zu verbessern und einen Ausgleich zwischen dem teuren Kapital und der massenhaft vorhandenen billigen Arbeitskraft herzustellen.

Mit der Herausbildung des industriellen Kapitalismus und seinen ökonomisch-sozialen Umwälzungen in Europa entwickelten sich neben den sozial-liberalen sozialistische Genossenschaften. Ihre politisch-ökonomische Programmatik war bereits in den frühsozialistischen Schriften formuliert. Sie wollten die politischen Machtverhältnisse sowie die Eigentums- und Lebensverhältnisse grundlegend ändern. Ihr politisches Ziel war die Überwindung des Kapitalismus. Akteure der sozialistischen Genossenschaften waren meist Arbeiter und Handwerker, der sozialdemokratischen, sozialistischen, anarchistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung.

Ein Genossenschaftsgründer war Adolph von Elm (1857–1916). Er war ein Kind der ArbeiterInnenklasse, das mit fünfzehn Jahren eine Lehre als Zigarrensortierer begann und 1892 die Tabakarbeiter-Genossenschaft (TAG) gründete. Mit der Genossenschaft konnten selbstbestimmte Arbeitsplätze für gemassregelte Arbeiter geschaffen werden, unabhängig von Staat und kapitalistischen Wohltätern. Die Heimarbeit sollte abgeschafft, die Arbeitsbedingungen verbessert werden, die Löhne existenzsichernd sein. 1909 wurde die Tabakarbeiter-Genossenschaft von der Grosseinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine übernommen, die sie weiterführte und mit ihren Produkten die Konsumgenossenschaften versorgte (von Elm 2012). Elm war davon überzeugt: «Nicht ruhen noch rasten darf, wer den Kapitalismus bekämpfen will.» Er starb 1916 an seinem Schreibtisch. Im Gegensatz zu seinen bürgerlich-liberalen Zeitgenossen ist er heute beinahe vergessen.

Aufstieg und Fall der Genossenschaften in Deutschland

Nach dem Ersten Weltkrieg kam es angesichts der grossen Wohnungsnot und der mit der Niederschlagung der Räterepublik enttäuschten Hoffnungen auf eine Sozialisierung der Wirtschaft in Deutschland zu einem Boom von Genossenschaftsgründungen.

Ganze Stadtteile und Siedlungen, in denen mit neuen Formen sozialen Wohnens und Lebens experimentiert wurde, entstanden auf diese Weise (Novy u. a. 1985). Ländliche oder Agrargenossenschaften versorgten die Bauern und Bäuerinnen mit Saatgut und Vieh oder übernahmen als Molkerei- und Winzergenossenschaften den Absatz. Konsumvereine erfassten auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung nahezu vier Millionen Haushalte. Mit ihrem Anwachsen wuchs auch die Zahl der eigenständigen Produktionsgenossenschaften, die die Waren für die Konsumvereine produzierten. 1931 besass die Grosseinkaufsgesellschaft (GEG) 31 Fabriken. Mithilfe der Kreditgenossenschaften (Volksbanken) wurde das notwendige Kapital mobilisiert. Mit der Expansion der Genossenschaften in den verschiedenen Sektoren stabilisierte sich während der Weimarer Republik eine gemeinwirtschaftliche Vernetzung. Die Genossenschaften wurden neben Partei und Gewerkschaften die dritte Säule der ArbeiterInnenbewegung.

In vielen Städten entstanden zu dieser Zeit Gemeindewohnungen, wie in Berlin, Zürich, Basel, Wien oder München. Im Gegensatz zu Genossenschaftswohnungen treten die meist sozialdemokratisch dominierten Gemeinden selbst als Bauherr und als Vermieter auf, oft in Form von städtischen Wohnungsbaugesellschaften. Kindergärten, Wäschereien und andere Gemeinschaftseinrichtungen sowie Einkaufsläden dienten der Arbeitserleichterung der Frauen. Der wohl bekannteste Gemeindebau ist der Karl-Marx-Hof in Wien, der 2019 sein hundertjähriges Bestehen feiern konnte. 5000 Menschen leben dort im «Paradies für Mieter» (Theissl 2020, 24). Die Stadt ist mit ihren 1800 Wohnanlagen Europas grösster Immobilieneigentümer. 500 000 WienerInnen, also fast ein Viertel, leben in einem Gemeindebau. Und jetzt, nach jahrzehntelangem Baustillstand, sollen im Rahmen des Projekts Gemeindebau NEU bis 2020 4000 neue Wohnungen hinzukommen. Heute zahlt man für eine modern ausgestattete Wohnung mit mindestens dreissig Quadratmetern – Zimmer, Küche, Vorraum, WC, Badezimmer, Heizung und Warmwasser – 5,81 bis 7,50 Euro netto pro Quadratmeter (Stadt Wien o.J.). Der durchschnittliche Mietpreis pro Quadratmeter lag in Wien im Juli 2020 für eine 30-m²-Wohnung bei 12,92 Euro. In Berlin waren es zu gleicher Zeit für die gleiche Wohngrösse 17,97 Euro (Mietspiegel Berlin und Wien).

Das Hitler-Regime setzte der hoffnungsvollen Entwicklung der Genos-

senschaften ein Ende. Die Gleichschaltung machte im Nazi-Deutschland auch vor ihnen nicht Halt. Betroffen waren vor allem die Konsumgenossenschaften. Ihr gesamtes Vermögen und ihre Betriebe sind in das neu gegründete Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront überführt worden. Die genossenschaftliche Utopie war «zum Teufel gegangen» (Kaltenborn 2014, 273). In den anderen Wirtschaftsbereichen, auch in den Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaften setzten die Nationalsozialisten auf eine personelle Umbesetzung von Führungspositionen oder die Einsetzung von Parteibeauftragten. Insgesamt erstreckte sich die Gleichschaltung vor allem auf die Führungsschichten der jeweiligen Verbände.

Die Gleichschaltung ist *eine* der Ursachen dafür, dass sich der Wiederaufbau der Genossenschaften nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der neu gegründeten Bundesrepublik schwierig gestaltete. Der Zentralverband der Konsumgenossenschaften beschloss, sich unter die Gesetze des Marktes und des Wettbewerbs zu stellen. In der alten Bundesrepublik wurden genossenschaftliche Einrichtungen durch Lebensmittelketten aufgekauft oder konnten sich der Konkurrenz gegenüber denselben nicht behaupten (Notz 2012, 58). Die konservative Nachkriegspolitik in der BRD unter Bundeskanzler Konrad Adenauer setzte – anstatt den genossenschaftlichen Wohnungsbau zu unterstützen – auf den Bau von Eigenheimen, vor allem für Kleinfamilien. Privateigentum wurde wieder so behandelt, als ob es aus der menschlichen Natur nicht wegzudenken sei.

Erst in den 1970er-Jahren wurde im Gefolge der «Alternativbewegung» auch die Genossenschaftsbewegung wiederentdeckt. Es entwickelte sich eine grosse Zahl gemeinschaftlicher Arbeits- und Lebensformen. Auch wenn nicht alle genossenschaftlich organisiert waren, kann von einer Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens gesprochen werden.

Anders als in der BRD gestaltete sich das Genossenschaftswesen in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Die Genossenschaften sollten aktiv an der staatlichen Planung der gesellschaftlichen Entwicklung teilhaben. Daher wurden sie besonders gefördert. Der Staat unterstützte sie durch unentgeltliches Bereitstellen von Bauland.

Nach der Wiedervereinigung existierten im marktwirtschaftlichen System der BRD viele tausend gewerbliche Agrar- und Wohnungsgenossenschaften. Darauf war die westdeutsche Marktwirtschaft nicht vorbereitet. Viele haben sich in privatwirtschaftliche Unternehmen umgewandelt oder wurden «kalt enteignet» (Beywl 1991, 44). Etliche Wohnungsbaugenossenschaften sind aber auch geblieben.

Gegenwärtig zeigt sich ein Trend der Ausdifferenzierung. Zur Vielfalt

genossenschaftlicher Erscheinungsformen gehören heute kleine und grosse Banken und Kreditgenossenschaften, Agrar- und Molkereigenossenschaften, Dorfladengenossenschaften, Bürgerbusgenossenschaften, Produktivgenossenschaften, Schülergenossenschaften, Kindergärten-, Gesundheits- und Pflegegenossenschaften, Schwimmbadgenossenschaften, Senioren-genossenschaften und Genossenschaften von Gewerbetreibenden, Gross- und Kleinhandelsgenossenschaften, Energiegenossenschaften und natürlich Wohnungsbaugenossenschaften und viele andere. Die neu gegründeten Genossenschaften nehmen den Gedanken der solidarischen Selbsthilfe der konservativ-liberalen Väter des Genossenschaftsgedankens auf und federn mit ihrem Engagement vor allem auf dem Land den Strukturwandel ab. Besonders in kleineren Gemeinden und für die ältere Bevölkerung wird die Bedeutung in den nächsten Jahren zunehmen, weil öffentliche Verkehrsmittel in vielen ländlichen Regionen kaum mehr zur Verfügung stehen und Dorfläden von den Supermarktketten verdrängt worden sind. Wirtschaftlich orientierte Anbieter können sich solche Geschäfte und Unternehmungen gar nicht mehr leisten, weil genossenschaftlich organisierte Läden oder Busse nicht auf Gewinn orientiert sind, sondern aufs Gemeinwohl und meist auch – dank Gratisarbeit – ohne staatliche Hilfe auskommen. An den kapitalistischen Strukturen ändern sie nichts. Das heisst nicht, dass genossenschaftliche Organisationsformen in den kommunalen Reformdebatten keine Rolle spielen sollten. Dorfläden bieten meist nicht nur Einkaufsmöglichkeiten und Poststationen, sondern sind auch Begegnungsstätten und tragen so massgeblich zum Miteinander bei. Räume für kooperativen und kollektiven Gedankenaustausch und Gestaltungsoptionen, bei denen sich auch Widerstandspotenziale gegen mit- und umweltverletzende Entscheidungen, rückwärtsgewandte neue und alte «Rechte» und selbsternannte Heimat- und LebensschützerInnen entwickeln können, werden in (beinahe) jeder Kommune gebraucht.

Literatur

- Aldenhoff, Rita, 1984: Schulze-Delitzsch. Baden-Baden
- Beywl, Wolfgang, 1991: Selbstverwaltete und produktivgenossenschaftliche Unternehmen in Deutschland – Perspektiven für gewerkschaftliches Handeln. In: Notz, Gisela u. a. (Hg.): Selbstverwaltung in der Wirtschaft. Köln, 40–62
- EHRA Fenceit-Statistiken des BFS. ehra.fenceit.ch/wp-content/uploads/sites/54/statistiken (Abfrage 3.8.2020)
- Faust, Helmut, 1977: Geschichte der Genossenschaftsbewegung. Frankfurt a. M.
- Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Genossenschaftsgesetz GenG) vom 1.5.1889 – Neugefasst durch Bek. v. 16.10.2006 I 2230; zuletzt geändert durch Art. 10 G v. 25.5.2009 I 1102. www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/geng/gesamt.pdf (Abfrage 21.5.2020).
- Idée Cooperative, 2020: Genossenschaften in der Schweiz – ein Erfolgsmodell der Gegenwart und Zukunft. Genossenschaftsmonitor, Januar. Bern
- Kaltenborn, Wilhelm, 2014: Schein und Wirklichkeit. Berlin
- Klemisch, Herbert / Flieger, Burghard, 2007: Genossenschaften und ihre Potentiale für Innovation, Partizipation und Beschäftigung. Köln.
- Koch, Walter, 1991: Der Genossenschaftsgedanke Friedrich Wilhelm Raiffeisens. Würzburg/Paderborn
- Mietspiegel Berlin 7/2020: www.wohnungsboerse.net/mietspiegel-Berlin/2825 (Abfrage 18.7.2020)
- Mietspiegel Wien 7/2020: www.wohnungsboerse.net/mietspiegel-Wien/16688 (Abfrage 2.8.2020)
- Notz, Gisela, 2012: Theorien alternativen Wirtschaftens, 2. Aufl. Stuttgart
- Notz, Gisela, 2014: Die sozialistische Genossenschaftsbewegung als die dritte Säule der Arbeiterbewegung. Geschichte und Perspektiven. In: Weipert, Axel (Hg.): Demokratisierung von Wirtschaft und Staat. Berlin, 100–118
- Novy, Klaus u. a. (Hrsg.), 1985: Anders leben. Geschichte und Zukunft der Genossenschaftskultur. Berlin/Bonn
- Riess, Curt, 2011: Gottlieb Duttweiler – eine Biografie. Zürich
- Stadt Wien, o.J.: Gemeindebau NEU. www.wienerwohnen.at/gemeindebauneu.html (Abfrage 13.6.2020)
- Stappel, Michael, 2011: Genossenschaften in Deutschland. Frankfurt a. M.
- Theissl, Brigitte, 2020: Utopie in Ziegelstein. In: *an.schläge*, 1, 24–26
- Von Elm, Adolph, 2005: Wertevolle soziale Arbeit. Vortrag von A. von Elm, gehalten am 20. Oktober 1919 im Gewerkschaftshaus Hamburg. In: Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V. Hamburg: Die soziale Seite der Genossenschaften. Hamburg

Ulrich Brand

Post-Wachstum und Gegen-Hegemonie

Klimastreiks und Alternativen

zur imperialen Lebensweise

Mit einem Beitrag zur Corona-Krise

256 Seiten | EUR 16.80

ISBN 978-3-96488-027-7

Eine auf Post-Wachstum gegründete Perspektive gegen die imperiale Lebensweise muss (Rahmen-) Bedingungen für ein Gutes Leben für alle schaffen. Post-Wachstum bedeutet ein anderes Wohlstandsmodell und erfordert eine gesamtgesellschaftliche und globale Perspektive sozial-ökologischer Transformation.



Steffen Lehndorff

New Deal heißt Mut zum Konflikt

Was wir von Roosevelts Reformpolitik

der 1930er Jahre heute lernen können

Eine Flugschrift

96 Seiten | mit Abbildungen | EUR 10.00

ISBN 978-3-96488-073-4

Der New Deal der 1930er Jahre war ein fortschrittlicher gesellschaftlicher Auf- und Umbruch, wie es ihn in den USA noch nicht gegeben hatte. Was können wir daraus für den grundlegenden sozial-ökologischen Umbau lernen, den wir heute dringend brauchen?

Franz J. Hinkelammert

Die Dialektik und der Humanismus der Praxis

Mit Marx gegen den neoliberalen kollektiven

Selbstmord

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

240 Seiten | EUR 16.80

ISBN 978-3-96488-056-7

Karl Marx zeigt, wie durch eine bestimmte Auffassung des Verhältnisses von Markt und menschlichem Leben letzteres sekundär wird. Diese geradezu marktreligiöse Auffassung wurde im Neoliberalismus, auch durch Gegenkritik an Marx, radikalisiert. Hinkelammert analysiert diese Marx-Kritiken und setzt der Marktreligion einen neuen Humanismus der Praxis entgegen.

www.vsa-verlag.de

